

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 23. Februar 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 22.

Die christlichen Gewerkschaften.

IX.

Der Frankfurter Kongress 1903.

Mit dem in München abgehaltenen vierten Kongresse der christlichen Gewerkschaften beschäftigte sich in Nr. 87 des „Korr.“ von 1902 — nachdem ihr Artikel „wegen Stoffüberhäufung“ von den „Sozialistischen Monatsheften“ und der „Sozialen Praxis“ abgelehnt worden war — Fräulein Fanny Imle, die heute den christlichen Gewerkschaften nahesteht, und schrieb dort über das Auftreten Wiebers, des Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes, bezüglich dessen Opposition in der Frage der Getreidezölle: „Der unerhörtene Gegner der Lebensmittelverteuerung klammert sich in rührender Hilflosigkeit an eine Partei an, die in ihrer übergroßen Mehrheit mit Rücksicht auf ihre bürgerlichen Wähler in der Zollfrage einen Standpunkt vertritt, der sich mit den Interessen der Gewerkschaften nicht verträgt.“ Gemeint ist die Zentrumsparthei. Diese „rührende Hilflosigkeit“ ist die Signatur der christlichen Gewerkschaften in bezug auf deren sozialpolitische Forderungen an Staat und Gesellschaft. Von konservativen, meist reaktionären Gewalten beeinflusst, von Parteiführern zu parteiegoistischen Zwecken ausgebeutet, hindert das die christlichen Gewerkschaften durchaus nicht, „in rührender Hilflosigkeit“ sich immer wieder an eben diese Elemente anzuklammern und von ihnen dort Hilfe zu verlangen, wo es den Interessen jener Kreise schnurstracks zuwiderläuft. Schließlich wird man auch bei den christlichen Arbeitern dies noch einsehen, denn — und darin stimmen wir mit einer andern Stelle in Fräulein Imles Artikel überein — „der Kampf um die Selbstständigkeit kann den Arbeiterorganisationen nicht erspart werden“.

Von diesem „Kampf um die Selbstständigkeit“ ist allerdings bei den christlichen Gewerkschaften noch wenig zu spüren, und dahingehende Anläufe werden nicht zum wenigsten mit Hilfe der christlichen Führer unterdrückt. „Wir müssen christliche Gewerkschaften gründen, sonst verlieren wir das Vertrauen der katholischen Arbeiter“, das ist der Zweck der Übung, nicht die Förderung dieser Gewerkschaften als Selbstzweck und selbständige Korporationen. Wir schrieben aber schon 1903, daß man nicht ungestraft Arbeiter organisieren kann, und das wird sich in der Folge noch mehr bestätigen. Wie aber bisher die christlichen Arbeiter nur willenslose Werkzeuge in den Händen ihrer Führer blieben, so dienten diese auch nur ihren Plänen, als sie im Oktober 1903 einen „ersten deutschen Arbeiterkongress“ nach Frankfurt a. M. einberiefen. Mit Hilfe dieses Kongresses hoffte man die „auf christlichem und nationalem Boden“ stehenden Arbeiterorganisationen einander näher zu bringen, auch glaubte man, die Sozialpolitik des Reichs lebhafter gestalten zu können dadurch, „daß sich der Regierung und den Parteien eine zum praktischen Zusammenarbeiten auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung willige Arbeiterbewegung zur Verfügung stellte“. Diese angebliche Zweckbestimmung des Frankfurter Kongresses war aber nicht die ausschließliche. Die inzwischen auch von uns gemachten Erfahrungen mit den christ-

lichen Führern lassen uns durchaus übereinstimmen mit der Auffassung in der politischen Arbeiterpresse, die über die Vorarbeiten dieses Kongresses schrieb:

Jedenfalls haben die Ereignisse der Folgezeit bewiesen, daß die Macher der „christlich-nationalen“ Bewegung stark von politischen Erwägungen und Berechnungen getrieben worden sind. Die ultramontanen wie die christlich-sozialen Arbeiterführer streben nach politischer Macht, nach Mandaten in Parlamenten und Stadtvertretungen. Aus freien Stücken zeigen sich die bürgerlichen Parteien, trotz aller zur Schau getragenen „Arbeiterfreundlichkeit“, nicht im mindesten geneigt, ihrem Arbeitergefolge den Zugang zu den Parlamenten zu öffnen. Wollten die christlichen Führer hier Wandel schaffen, wollten sie sich ihren Platz in den bürgerlichen Parteien erobern, dann ging das nur, wenn sie durch die Macht ihres Anhangs imponierten, wenn sie bei Wahlen ihr Gewicht in die Waagschale legten, wenn sie den Parteien eine genügend starke Wahlhilfe, namentlich gegen die Sozialdemokratie, bieten konnten, um damit Arbeiterkandidaturen zu erkaufen. Und dazu war nötig eine Annäherung der ultramontanen und evangelischen Arbeiterorganisationen, die gegenseitige Förderung und Unterstützung, der Zusammenschluß aller auf „christlicher“ und „nationaler“ Grundlage stehenden Arbeiter, wie er durch den „deutschen Arbeiterkongress“ herbeigeführt werden sollte.

Die Folgezeit hat allerdings bewiesen, daß diese Darstellung richtig ist, und wenn man seit 1903 die mit dem Erreichen von Mandaten parallel laufenden Wandlungen verschiedener christlicher Gewerkschaftsführer verfolgt, dann weiß man, daß auch in dieser Beziehung die bürgerlichen Parteien auf ihre Rechnung gekommen sind. Diese Tatsache kann nicht besser illustriert werden als durch eine Rede, welche der neugeborene Zentrumsabgeordnete und Arbeiterssekretär Zmbusch am 16. Februar 1909 im preussischen Abgeordnetenhaus gelegentlich der ersten Lesung der Vergesetznovelle hielt. Ein bürgerliches Blatt, die „Berliner Volkszeitung“, schreibt über diese Rede:

Überaus bezeichnend ist es, daß der Redner des Zentrums, Herr Zmbusch, sich der Vorlage der preussischen Regierung gegenüber wohlwollend verhielt und auf die „Fortschritte“ hinwies, die dieses Wachstum nach der Meinung seiner Partei enthalten soll. Und diese Partei nennt sich selbst eine „Volksparthei“! Mit Recht wies der sozialdemokratische Redner gegenüber den Ausführungen des Zentrumsredners auf ein Flugblatt des von der Zentrumsparthei begründeten Verbandes der christlichen Bergarbeiter hin, das die drastische Wendung enthält, derjenige sei unheilbar verrückt, der noch etwas vom preussischen Abgeordnetenhaus erwarte.

Wo solche Leute führende Rollen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung spielen, da können allerdings die bürgerlichen Parteien ruhig schlafen gehen, und nicht zuletzt die Bergherren und ihre Klassengenossen in der Regierung. Diese Tatsache wird noch kräftig unterstrichen durch einen Artikel im „Gewerbverein“ (Nr. 15 vom 20. Februar), dem Zentralorgane der Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine, dessen in diesen Dingen gut unterrichteter Mitarbeiter über die Hintertreppenspolitik der christlichen Gewerkschaftsführer schreibt:

Bei der in diesen Tagen im preussischen Landtage stattgehenden Beratung der Vergesetznovelle, die ja eine geringe Erweiterung des Arbeiterschutzes bringen soll, erklärte der Minister, zur Vorberatung dieser Vorlage habe er Unternehmer und Arbeiter herangezogen. Diese Mitteilung muß die Öffentlichkeit überraschen. Denn soweit uns bekannt ist, hat niemand etwas erfahren, wo und welche Arbeiter denn zur Vorberatung dieser Novelle herangezogen wurden. In die Debatte über die ganze Vorlage griff dann auch der Zentrums-

abgeordnete Zmbusch ein, der in seinem Beruf angestellter Beamter des christlichen Gewerkevereins der Bergarbeiter ist. Zwar kritisierte er die Novelle, weil sie ihm in einzelnen Punkten nicht weit genug geht, aber aus seiner ganzen Rede klingt doch ein auffälliges Wohlwollen für die ganze Vorlage heraus. Nimmt man dazu, daß z. B. im „Reich“ seit Wochen der preussische Bergminister als außerordentlich arbeiterfreundlich gelobt wird — nebenbei gesagt, ohne daß er bis jetzt irgend eine Leistung vollbracht hätte, die zu einem besonderen Lobe berechtigt —, so kommt man zu den folgenden Erwägungen: Das Grubenunglück auf Rhodod hat auf die preussische Bergverwaltung einen großen Eindruck gemacht, und sie entschloß sich, den Forderungen der Arbeiter in etwas entgegen zu kommen. Klug wie sie ist, machte sie das nach dem schon im alten Rom geltenden Satze: Divide et impera (teile und herrsche). Sie versuchte, einen Teil der Arbeiter für dasjenige zu gewinnen, was sie zu bewilligen gesonnen war. Und dazu bediente man sich des christlichen Gewerkevereins der Bergarbeiter. Der hat augenscheinlich mit dem Minister verhandelt und schon vor langen Wochen mit ihm die Verabredungen getroffen, die heute als Gesetzesentwurf vorliegen. In dieses stille Teufelsmehel ist dann der Antrag hineingeplatzt, einen Bergarbeiterkongress abzuhalten, ohne daß die Urheber des Gedankens eine Wissenschaft haben konnten von den Verhandlungen des christlichen Gewerkevereins mit dem Bergministerium. Sollte dieses Teufelsmehel nicht gestört werden, dann mußte der christliche Gewerkeverein die Beteiligung am Kongress ablehnen.

Auch das bestätigt wieder, daß man gut daran tut, seine Meinung entsprechend zu revidieren, als ob Arbeiter der treibende Keil zu der Einberufung des Frankfurter Kongresses gewesen wären. Inwiefern Außenstehende hier „mitgewirkt“ haben, geht auch („Vorwärts“ Nr. 246 von 1907) aus einer Äußerung des Vorsitzenden der freien kirchlich-sozialen Konferenz, Dr. v. Dergzen, auf der Hauptversammlung im April 1907 in Karlsruhe hervor: „Der beste Beweis, daß die kirchlich-soziale Konferenz praktisch und nichtstern arbeits und mit beiden Füßen auf dem realen Boden der Gegenwart stehe, sei die Entstehung und das Wachstum der großen christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Diese Bewegung, die jetzt eine Million Arbeiter umfasse, wäre nicht das, was sie sei, ohne die kirchlich-soziale Konferenz und deren unermüdbaren Sekretär Sigentiat Mumm.“ Nur sind wir der Meinung, daß die Leute um Mumm um die Früchte dieser „Arbeit“ durch „Roms Macht und Bist“ gebracht werden. Auf jeden Fall hat man für die Folge bei Veranstaltungen und bestimmten Äußerungen der „christlich-nationalen“ Arbeiter erst hinter die Kulissen zu blicken.

Bemerkenswert ist auch, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine die Einladung zum Kongress ablehnten und in ihrem diesbezüglichen Beschluß unter Hervorhebung der bisher geleisteten Arbeit der Gewerkvereine sagten: „... Die deutschen Gewerkvereine haben es daher nicht nötig, zu diesem Zwecke sich mit Organisationen zu verbinden, welche nicht auf wirklich neutralem Boden stehen und andre für die Arbeiter hochwichtige Aufgaben vernachlässigen oder gar bekämpfen. ...“ Desto eifriger machen die „Christlichen“ dagegen in Sozialisttentöberei. Diese Absage verschrupfte natürlich, denn man hätte gar zu gern die 100 000 Gewerkevereiner mit auf der Präsenzliste gehabt. Sieben Verbände (Organisationskomitee) gewerkschaftlicher und konfessioneller

Natur „im Auftrage mehrerer größerer Organisationen verschiedener Richtung, deren Tätigkeitsprogramm auf dem Boden der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung eine fortschreitende Sozialreform anstrebt“, hatten die Einladung zu diesem Kongress an „sämtliche christlichen, nationalen und unabhängigen Berufsorganisationen, evangelische und katholische Arbeitervereine usw.“ ergeben lassen. So fanden sich denn am 25. Oktober 1903 in Frankfurt a. M. 206 Delegierte ein, die 32 verschiedene Organisationen mit rund 600 000 Mitgliedern vertraten. „Ein Frühlingsfest der gemischtesten Art muß hinsichtlich seiner Zusammensetzung der erste deutsche Arbeiterkongress genannt werden“, schrieb damals die „Bergarbeiterzeitung“ nicht mit Unrecht. Bei der Zahl der in Frankfurt vertretenen Arbeiter ist aber zu berücksichtigen, daß viele Doppelzählungen vorliegen, so daß die in Wirklichkeit vertretenen Arbeiter kaum zu ermitteln sind. Auch kann man die dort aufgeführten 13 000 Gruben- und Fabrikbeamten, die mekwerklicher Weise auf dem Berliner Kongresse 1907 fehlten, nicht mit unter die Arbeiter zählen, und wie die evangelischen und katholischen Arbeitervereine mit Geistlichen, Beamten, Handwerkern, Gewerbetreibenden usw. durchsetzt sind, ist bereits früher nachgewiesen.

Welchen Zwecken dieser Kongress dienen sollte, ging unzweifelhaft aus einem Artikel des Herrn Mumm im „Evangelischen Arbeiterboten“ hervor, der sich dahin geäußert hatte, die königstreue Arbeiterschaft vereinige sich „zu einem Entscheidungskampfe zwischen ihr und den antimonarchischen, sozialdemokratischen Scharen“. Zu einer solchen Erklärung kam es allerdings nicht, aber die schönen Hoffnungen des Kongresses haben sich inzwischen in ettel Seifenblasen aufgelöst. Daß man dem deutschen Kaiser ein Telegramm sandte, versteht sich bei jenen Leuten von selbst, die mit einer pharisäerhaften Innmaßung sich als Wahrer, Hüter und Mehrer christlicher Ideale spreizen und glauben, für sich allein Vaterlandsliebe und nationales Ehrgefühl in Anspruch nehmen zu können. Über das Antworttelegramm des Kaisers schrieb damals der christliche „Bergarbeiterknäpp“ u. a.: „Ein solches Kaisertelegramm dürfte noch keinem Kongresse zuteil geworden sein. Es berechtigt also zu den besten Hoffnungen bezüglich der Leiter in den letzten Jahren ins Stocken geratenen Fortführung der Sozialreform in Deutschland!“ Wir werden später aus christlichem Munde vernehmen, wie berechtigt diese „berechtigten“ Hoffnungen gewesen sind. Die Forderungen des Kongresses gingen dahin: Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts; Schaffung eines einheitlichen und freirechtlichen Vereins- und Versammlungsrechts für das ganze Reich an Stelle der einzelstaatlichen Vereinsgesetze; Verleugung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine zur Sicherstellung ihrer Vermögensrechte ohne Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit; paritätische Arbeitskammern; uneingeschränktes Koalitions- und Petitionsrecht für die Staatsangehörigen und für die Arbeiter in Gemeindebetrieben. Sodann wandte man sich entschieden gegen die Beschränkungen des Streikpostensstehens und die schwarzen Listen des Unternehmertums usw.

Betrachtet man diese Forderungen näher, so unterscheiden sie sich in nichts von den Forderungen der übrigen Gewerkschaften, die von diesen schon lange vorher aufgestellt waren. Man kann also sagen: Du kommst zwar spät, aber du kommst doch! Den Forderungen des Kongresses fehlte aber der Ernst, sich hinter sie zu stellen. Fand doch Behrens den beispiellosen Mut, für die Forderungen der Arbeiter Hoffnungen auf den Bund der Landwirte zu setzen! Es ist daher auch erklärlich, daß man mehrere Teilnehmer des Kongresses an den Reichskanzler delegierte, diesem die Wünsche des „ersten deutschen Arbeiterkongresses“ vorzutragen. Fürst Billow empfing auch diese Delegation und sicherte ihr die Hilfe der Regierung zu. Damit glaubte man alles getan zu haben, um die Demagorien in Frankfurt in die Wirklichkeit überzusetzen zu können. Der Bund der Landwirte, die bürgerlichen Parteien und der Reichskanzler kümmerten sich aber den Teufel um die Beschlüsse und Wünsche

des Frankfurter Kongresses, was später die christlichen Führer selbst konstatierten, die sich wie immer „in rührender Hilflosigkeit“ an die herrschenden Mächte petitionierend geklammert hatten.

Wenn wir vorausgehend gesagt hatten, daß wir mit der politischen Arbeiterpresse übereinstimmen in der Beurteilung der treibenden Kräfte für den genannten Kongress, so ist der dort näher bezeichnete Zweck auch erreicht worden. Die verschiedentlich in Frankfurt gebrauchten radikalen Redensarten einzelner Führer schreckten das Bürgertum auf, so daß der Weizen der Entrepreneure zu blühen begann. Man machte die unbehutlichen Mahner einfach als Ungeordnete bürgerlicher Parteien stumm. In heller Entrüstung schrieb damals die bürgerliche Presse von radikalen Mäuren des Kongresses; er habe „das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft in nicht unbedenklicher Weise in den Vordergrund geschoben und sei dem Unternehmertume mit großer Schärfe, um nicht zu sagen mit ausgesprochener Feindseligkeit entgegengetreten.“ Man warnte in der bürgerlichen Presse vor „einseitigen Forderungen“, die man aufgestellt habe, „ohne die Folgen für die Allgemeinheit zu berücksichtigen.“ „Statt der erhofften scharfen Kriegserklärung habe man erklärt, sich nicht als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie gebrauchen lassen zu wollen. Das sei sehr zu bedauern.“ „Die Forderungen, die der Kongress aufgestellt hat, bedenken sich durchaus mit dem Programme der sozialdemokratischen Gewerkschaften.“ In dieser Weise beurteilte man in bürgerlichen Kreisen die Verhandlungen des Kongresses. Über die hegemonen Beschränkungen waren überflüssig. Heute gehen die Führer der christlichen Gewerkschaften mit dem Zentrum durch die dick und dünn, und da sind „Rückfälle“ wie in Frankfurt ausgeschlossen. Das ändert aber nichts daran, daß auch die christlichen Arbeiter der Minderheit zustreben, daß diese aus Zwang und selbsthütigen Motiven in Gärung gebrachten Massen sich einmal auf sich selbst besinnen werden — trotz der Exzerzierschule in M. Glabach und der „Baumwollenmandate“. Vereinzelt lassen selbst Ausführungen in christlichen Gewerkschaftsblättern darüber keinen Zweifel, daß der Kampf auch die Seele-der-christlichen-Gewerkschaftsbewegung sei. Was man aber auch sagen mag: im Grunde genommen war der Frankfurter Kongress doch nur eine Vorfrucht moderner Gewerkschaftsbestrebungen, denn der Klasseninstinkt wird die christlichen Arbeiter auch noch zum Klassenbewußtsein führen, und der gewerkschaftliche Klassenkampf ist, um mit den Worten des Professor Sombart zu reden, die „Elementarschule für den Sozialismus“.

Gewerk- und Genossenschaftsrevue.

Wie, in vielen Beziehungen die Verstärkung der Redaktion sich bei den immer größer werdenden Aufgaben des Verbandes und demzufolge auch seines Organs — rein unfänglich hat der „Korr.“ im vergangenen Jahr alle bis herigen Retoren gebrochen — eine unabwendbare Notwendigkeit war, so kommt die Vermehrung der Redaktionskräfte auch einem Gebiete zugute, das unter der Entfaltung der gewerblichen und beruflichen Verhältnisse seit drei Jahren mehr und mehr Einschränkung erleiden mußte, nämlich diese Rubrik. Vor über zehn Jahren geschaffen, um unsren Kollegen einen tieferen Einblick in die gewerkschaftliche Entwicklung, in die allgemeinen organisatorischen Vorgänge zu gestatten, haben wir sehen müssen, daß andre deutsche Gewerkschaftsblätter dem vom „Korr.“ vorgezeichneten Pfade gefolgt und ihren Lesern in gleicher oder in ähnlicher Weise bessere Kenntnis und höheres Verständnis der Gewerkschaftsbewegung zu ermöglichen bestrebt sind. Wenn die allgemeine Forderung der Zeit nach besserer gewerkschaftlicher Erziehung, nach größerer Vertiefung in das Wesen und die Aufgaben der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter sowie nach mehr Festigung der Masse in den grundlegenden Prinzipien ihrer Organisation und der Gewerkschaften überhaupt aber einmal als berechtigt anerkannt ist, dann muß auch die Erreichung dieser Ziele besonders auf dem Wege versucht werden, der mit am geeignetsten und aus sich selbst am besten erscheint. Und das ist die Belehrung durch Vergleiche. Wer lernen und sich belehren lassen will — zwei Begriffe, die für viele Menschen leider schwer vereinbar sind — kann und wird nicht mit Scheuflappen einhergehen, sondern mit wirklich sehenden Augen die Dinge betrachten — und beurteilen. Gerade die im Gewerkschaftsleben so wertvolle richtige Beurteilung von Zeit und Verhältnissen hat geschärfstes Denken zur Voraussetzung, das wiederum basiert auf allgemeinem Wissen und vielseitigen Erfahrungen. So viele Wege nun die

deutschen Buchdrucker den übrigen Arbeitern schon gewiesen (freilich unter oft recht schmerzhaften Erfahrungen für uns), es gibt auch von den andren Gewerkschaften und an den ihnen gewordenen Lehren zu lernen, in welchem Sinn es auch in jedem Falle immer sei. Deshalb erscheint die nunmehr mögliche Wiederaufnahme der regelmäßig informierenden Abhandlungen über die Entwicklung des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens und die sich daraus auch für die Buchdrucker ergebenden Lehren uns als einer der Meilensteine, an denen unser Weg vorüberführt, vorüberführen muß — hinauf zur Höhe, zum Ziel unsers Strebens und Ringens!

Wir beginnen mit einer Revue über das Jahr 1908 und zunächst mit dem Abschnitt, der für die Gewerkschaften tief einschneidende Bedeutung hat.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse im vergangenen Jahre haben in den im November und Dezember im „Korr.“ erschienenen Artikeln (Nrn. 134, 135, 139, 142, 150) bereits eine so ausführliche Beleuchtung und die Kritik dabei eine völlig zutreffende Beurteilung gefunden, daß wir uns hier auf die Anführung abschließender Ziffern und sonstiger wichtiger Ausweise beschränken können. Die Signatur des Jahres 1908 ist ein absoluter und relativer Rückgang in der Produktion mit der unausbleiblichen Folge einer allgegenwärtigen Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarktes, wozu der außerordentlich hohe Preisstand für Industrieerzeugnisse und landwirtschaftliche Produkte als ein die Situation weiter verschärfendes Merkmal trat. Mit Ausnahme der Landwirtschaft, die das vergangene Jahr mit aufgehobenen Händen segnen kann, sind alle Industriezweige mehr oder weniger von der neuerlichen Erkrankung des Wirtschaftskörpers in Mitleidenchaft gezogen worden. Die Symplicitätspolitik hat die Lage nur noch verschlimmert, anstatt, wie deren Hochmögende Märker früher oft behaupten haben, nach Möglichkeit und Kräften auf eine Steigerung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinzuwirken. Die Unternehmer der nichtartikellerten Industrien sind sogar schon in heftige Opposition gegen diese Preisstreber geraten, und es wurde in der Öffentlichkeit als ein beachtliches Zeichen angesehen, daß die letzte Generalversammlung des Bundes der Industriellen sich zu einer gepfefferten Resolution gegen die Monopolwirtschaft verließ und den vorgelegten so weitgehenden „Kapitän der Volkswirtschaft“ derbe Liebenswürdigkeiten sagte, die im Reichstage noch eine vermehrte Auflage erfordern.

Daß die wirtschaftliche Krise, von den erwähnten beiden Ausnahmen abgesehen, schwer auf Handel und Wandel lastete, erbellt auch daran, daß der deutsche Außenhandel in der Einfuhr es nur auf einen Gesamtwert von 878890000 Mk. brachte, gegen 9003230000 Mk. im Jahre 1907. Die Gesamtausfuhr verringerte sich nicht in dem Maße, ging nämlich von 7100647000 Mk. für 1907 auf 6810920000 Mk. im verfloßenen Jahre zurück. Die Werteverhältnisse aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen weisen das gewaltige Minus von 33367900 Mark auf (dabei miessen noch drei Monate einen Mehrertrag von über 12 Millionen Mark auf), und das Reich hat einen Einnahmefall in den Zöllen und Verkehrssteuern von rund 100 Millionen Mark zu verzeichnen. Die Unternehmungslust verringerte sich unter solchen Umständen natürlich ganz erheblich. Es wurden z. B. nur 143 Aktiengesellschaften mit 154574000 Mk. nominellen Kapitale gegründet, während im Jahre 1907 sich noch 212 derartige Unternehmungen mit 249970000 Mk. Kapital bildeten. Die Kontursstatistik ist uns in ihrem Gesamtergebnisse für 1908 noch nicht bekannt geworden. Nach den für die ersten drei Quartale gegebenen Ausweisen wird aber auch hier eine ganz wesentliche Verschlechterung festzustellen sein. Die üblichen Dividendenschätzungen und die Jahreswende lassen daher auf einen fast allgemeinen Rückgang des Geschäftsertrages der Industrieunternehmen schließen, der in der Textilindustrie durchschnittlich am größten sein wird. In andren Industriezweigen werden jedoch die Abschlässe nicht ganz so schlecht ausfallen, wenn auch im einzelnen das Dividendenergebnis alles andre als Befriedigung bei den Aktionären erwecken wird. Vereinzelt aber haben die Couponabschneider wieder allen Anlaß, auch dem Jahre 1908 ihre volle Zufriedenheit zu bezeugen; so die Aktionäre der kontinentalen Kaufschuch- und Guttaperchatompanie, die abermals 40 Proz. einheimen können. Wozu die Bemerkung nicht überflüssig, daß diese Gesellschaft außer durch ihre schwindelnd hohen Dividenden auch mit ihren schlechten Arbeitsverhältnissen von sich reden macht.

Nun zur andren Seite der wirtschaftlichen Krise: zur Arbeitslosigkeit. Auch nach dieser Richtung haben die vorausgehend erwähnten Artikel genügend informiert. Bleibt nur noch zu konstatieren, daß nach den von den öffentlichen Arbeitsnachweisen berichteten Ziffern der Andrang der Beschäftigungslosen das ganze Jahr ein größerer, meistentheils sogar erheblich größerer war als im Jahre 1907. Wir wollen nachfolgend aber noch an der Hand andrer Beispiele veranschaulichen, wie die Wirkungen der Krise in Gestalt zunehmender Arbeitslosigkeit in die Erscheinung traten. Es ist unsren Lesern ja hinlänglich bekannt, daß die Gewerkschaften aller Richtungen sowie die Fachverbände sonstiger Art, welche die Arbeitslosenversicherung eingeführt haben, vierteljährlich an das Kaiserliche statistische Amt Ausweise liefern, wie sich die Arbeitslosigkeit in einem Quartale gestaltet. Die Angaben darüber sind vielfach, als Richtigkeits der Arbeitslosen gelten der letzte Arbeitstag der vierten, achten und dreizehnten Woche. Das „Reichsarbeitsblatt“ bringt dann in dem ersten Hefte jeden Quartals in Tabellenform sowie textlichen Ausführungen eine übersichtliche

und eingehende Darstellung der Arbeitslosigkeit auf Grund der ihm von den Organisationsvorständen gelieferten Zahlen. Das ist ein ausgezeichnetes Mittel, die Lage des Arbeitsmarkts statistisch festzuhalten. Leider ist die Zahl der Fachverbände mit Arbeitslosenunterstützung noch zu klein, als daß von einer vollständigen Erfassung der Arbeitslosigkeit gesprochen werden kann, bedauerlicher aber noch, daß in einer Anzahl von Organisationen die örtlichen Funktionäre noch nicht so weit sind, durch regelmäßige und vollständige Berichterstattung einer so überaus wichtigen Statistik zu dem Grade der Vollkommenheit zu verbleiben, den sie im allgemeinen volkswirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Interesse haben müßte. Zum Beispiel sind von den 44 freien Gewerkschaften mit Arbeitslosenunterstützung bloß 33 an der Reichsstatistik beteiligt; einige Organisationen, die früher berichteten, haben dies einstellen müssen, weil das zusammengebrachte Material zu lückenhaft war. Bei den christlichen Gewerkschaften steht es in dieser Beziehung noch schlechter. Insgesamt waren Ende 1908 55 Fachverbände an dieser Statistik beteiligt. Da im „Reichsarbeitsblatt“ nun eine Jahresdurchschnittsberechnung der Arbeitslosigkeit nicht gegeben wird, die aber gerade zu einem wirklichen Überblick über den Konjunkturverlauf mit seinen Folgeerscheinungen für die Arbeiterschaft unumgänglich notwendig ist, so haben wir eigene Berechnungen aus den letzten drei Jahrgängen vorgenommen, dabei jedoch nur die Organisationen berücksichtigt, deren Berichterstattung auch einen Vergleich mit dem Hochkonjunkturjahre 1906 gestattet. Das Material von den hierfür in Betracht kommenden Fachverbänden ist freilich auch so nicht ganz lückenlos. Da die christlichen Gewerkschaften überhaupt nur in der Zahl von drei in der Reichsstatistik vertreten sind — ein sehr bescheidenes Zeugnis für diese Weltverbesserer! — und oben nur bei zwei in den Reichsstatistik auf 1906 möglich ist, so haben wir sie ganz fortgelassen. Nachstehend nun das durch Stichproben mit den in früheren Gewerkschaftsjahresberichten enthaltenen Angaben sich als richtig erwiesene Resultat unserer Berechnungen der durchschnittlichen Arbeitslosenziffer in folgenden Verbänden:

Organisationen	1908	1907	1906
Freie Gewerkschaften:			
Notenstecher*	1,76	0,41	1,15
Bildhauer	15,05	13,25	8,87
Freileute	14,62	12,28	12,7
Tapezierer	11,62	7,62	4,9
Glasler	10,45	6,82	4,91
Handschuhmacher	10,0	7,72	0,77
Bäcker und Konditoren	6,76	6,1	7,02
Hutmacher	5,82	3,15	2,65
Lithographen, Steinbrüder usw.	5,63	3,23	3,15
Holzarbeiter	4,82	2,53	1,62
Kupfer schmiede	4,81	3,66	2,88
Buchdrucker	4,51	3,65	3,6
Sattler	4,04	3,52	2,11
Porzellanarbeiter	3,75	1,08	1,05
Buchbinder	3,49	2,35	1,7
Metallarbeiter	3,13	1,21	0,85
Glasarbeiter	3,07	1,11	0,52
Portefeuliers	2,91	0,6	0,31
Lebendarbeiter	2,86	2,55	0,9
Schmiede	2,7	1,88	1,15
Fabrik- und Hilfsarbeiter	2,35	1,06	0,5
Mühlensarbeiter	2,25	1,7	2,22
Schuhmacher	2,11	1,07	0,97
Buchdruckerhilfsarbeiter	2,06	1,31	0,82
Brauerarbeiter	1,85	1,16	1,25
Zigaretten sortierer	1,82	0,87	1,15
Lithographen	1,72	0,71	—
Handels- u. Transportarbeiter	1,7	0,9	0,7
Handlungsgehilfen	1,25	1,03	0,87
Bergarbeiter**	0,14	0,62	0,01
Firsch-Dundersche Gewerbevereine:			
Bildhauer	6,45	4,51	2,63
Töpfer und Ziegler	3,16	0,73	0,88
Holzarbeiter	2,96	1,46	0,81
Maschinenbauer und Metallarb.	1,59	0,76	0,55
Graphische Berufe	1,44	1,26	0,68
Textilarbeiter	1,22	0,76	0,12
Schiffszimmerer	1,05	1,06	0,66
Schuhmacher und Lebendarbeiter	0,71	0,56	0,33
Fabrik- und Handarbeiter	0,66	0,44	0,43
Schneider	0,39	0,37	0,45
Zigaretten- und Tabakarbeiter	0,11	0,15	0,15

Die in dieser Tabelle gegebenen prozentualen Arbeitslosenziffern sind recht lehrreich. Sie zeigen einmal, daß, wie die wirtschaftliche Depression unterschiedlich in den einzelnen Industrien und Gewerben aufgetreten ist, auch die Arbeitslosigkeit eine ganz verschiedene Zunahme aufweist. In einigen Berufen hat seit 1906 in wahrhaft erschreckendem Maße eine Verschlechterung Platz gegriffen, in der Mehrzahl der Organisationen hat jedoch die Verschlimmerung keinen so bedrohlichen Charakter angenommen, nur ganz wenige aber sind quasi mit heiler Haut davon gekommen. Wir Buchdrucker, die wir aus den bekannten Gründen im allgemeinen eine nicht unerhebliche Arbeitslosigkeit haben, sind von 3,6 Proz. in 1906

nur auf 4,51 Proz. in dem Krisenjahre 1908 gekommen. Nach Lage der Verhältnisse ein Resultat, mit dem man zufrieden sein muß. Wie auch die Dinge sich in 1909 gestalten werden, schlimmer als im Jahre 1908 wird es nicht, so daß dieses als der tiefste Stand des Wirtschaftsmarkts während der diesmaligen Krise anzusehen ist. Vergleichen wir uns, daß in den vormaligen Krisenjahren 1901, 1902 und 1903 bei den Buchdruckern die Arbeitslosenziffern 7,5, 8,5 und 6,75 Proz. waren, so wollen wir das jetzige Verhältnis trotz des bitteren Beigeschmacks getrost ertragen. Zumal sich auch die in Kollegenkreisen weiterbreitete Ansicht, wir Buchdrucker wären am schlimmsten daran, als falsch erwiesen hat. Denn wenn jene Meinung zuträfe, könnten wir doch

nicht unter 30 freien Gewerkschaften die zwölfte Stelle, also etwa die Mitte einnehmen. Dabei ist auch noch zu bedenken, daß wenn die Berichterstattung allenthalben wenigstens so befriedigend wäre — die Zensur Gut wäre für manch einen Drukker wohl zu hoch gegriffen — wie bei den Buchdruckern, diese oder jene Gewerkschaft vielleicht noch vor uns kommen würde in der Höhe der Arbeitslosenziffer. Der Jahresdurchschnitt von 4,51 Proz. stellt sich also noch um 1 Proz. niedriger, als wir in Nr. 150 v. J. für 1908 geschätzt haben. Das vierte Quartal ist eben günstiger ausgefallen für uns (im allgemeinen war aber das Gegenteil der Fall), wie nach den Erfahrungen der drei andern Vierteljahre von 1908 anzunehmen war. In der nachstehenden Tabelle geben

Überblick über die Arbeitslosigkeit in den Organisationen des graphischen Gewerbes für das 4. Quartal 1908.

Organisation:	Mitgliederzahl			Auf je 100 Mitglieder entfallen								
	am Schluß des Quartals			Arbeitslose am Ort und auf der Reise durchschnittlich in:			Fälle von Arbeitslosigkeit in:					
	männl.	weibl.	insgesamt	4. Qu. 1908	4. Qu. 1907	4. Qu. 1906	4. Qu. 1908	4. Qu. 1907	4. Qu. 1906			
Verband der Deutschen Buchdrucker	53318	—	53318	4,6	4,2	3,2	15,0	13,0	10,8			
Verband der Buchdruckerhilfsarbeiter	6113	7377	13490	2,1	1,5	0,8	9,9	11,6	8,4			
Verband der Lithographen und Steinbrüder	16520	—	16520	6,8	4,3	2,9	17,0	10,8	8,4			
Deutscher Buchbinderverband	12949	9396	22345	3,3	2,4	1,8	14,5	11,4	10,5			
Notenstecherverband*	416	—	416	1,2	—	0,7	3,6	—	—			
Deutscher Kalligraphenverband	162	—	162	2,6	0,7	—	8,0	1,6	—			
Gutenbergsbund	2898	—	2898	1,6	1,7	0,6	7,5	8,4	8,7			
Zentralverband christlicher graphischer Arbeiter**	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
Firsch-Dunderscher Gewerbeverein der graphischen Berufe	1604	14	1708	4,1	1,8	1,3	9,3	4,8	4,1			

* Bei den Notenstechern ist schon seit mehreren Jahren eine so seltene Geschäftsfrage allgemein vorhanden, daß die in der Tabelle angegebenen Arbeitslosenziffern eigentlich wertlos sind. Im letzten Vierteljahre 1908 waren z. B. außer denen ohne Beschäftigung, wie sie nach obigen Zahlen sich ergeben, sämtliche Notenstecher infolge verfallener Arbeitszeit und Mannschäftmangel noch 8840 Tage arbeitslos.
** Der christliche Zentralverband berichtet in acht Quartalen vielmehr nur einmal. Er wird seine guten Gründe haben, daß er nicht an die Öffentlichkeit mit seinen Zahlen tritt.

wir noch ein spezielles Bild über die Arbeitslosigkeit in den graphischen Organisationen, das auch die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit im vierten Quartale zeigt. Wie aber schon in der angezogenen Artikelserie des vergangenen Jahres eingehender ausgeführt, ist die jetzige wirtschaftliche Krise nicht von solcher Festigkeit als die letzte. Das muß selbst von den ärgsten Schwarzsehern zugegeben werden. Kommt die Arbeiterschaft und kommen nicht zuletzt auch wir Buchdrucker diesmal glimpflicher davon — wenn auch einzelne Druckzentren stärker als sonst von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden — so lastet die Not der Zeit doch schwer auf der Arbeiterschaft, und schwer ist auch die Belastungsprobe für die Gewerkschaften. Auf nicht weniger als zehn Millionen Mark werden die Aufwendungen der deutschen Arbeiterschaft im Jahre 1908 für die Opfer der Arbeitslosigkeit geschätzt. Das ist eine Summe, die ihrem Ursprünge nach gewaltig groß, aber auch tief bekümmend für Staat und Gesellschaft ist, die gegen früher wohl ein gesteigertes Verständnis für volkswirtschaftliche Expirationen bekunden, im allgemeinen jedoch noch von der alten Unlust und Unfähigkeit zu positiven Werken nach dieser Richtung befangen sind.
Günstiglich der Häufigkeit der Arbeitslosigkeit hat das Jahr 1908 demgemäß ebenfalls Verschlechterung gebracht. Nicht man des Jahresdurchschnitts der im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Quartalsziffern, dann kommen auf je 100 Mitglieder Fälle von Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahre 9,88, 1907: 6,8, 1906: 5,9, 1905: 7,3, 1904: 7,9 und 1903 (nur drei Quartale) 8,2. Im Jahre 1908 wäre also die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit größer gewesen als in den fünf vorausgegangenen. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit war im Jahre 1908 17,1 Tage, 1907: 13,5; weiter zurückliegende Vergleiche können nicht gegeben werden. In jeder Beziehung mithin Verschlechterung.

eine wäre so betrüblich wie das andre. Der Zentralverband der Maurer geht, wie dessen Organ vor Monatsfrist in einem besonderen Artikel anfündigte, nun auch daran, an jedem Monatschluß Arbeitslosenzählungen vorzunehmen, so daß die größten beiden Bauarbeiterorganisationen an die reichsstatistische Berichterstattung angeschlossen werden könnten. Das kann aber überall auch da geschehen, wo nicht über Nacht die Arbeitslosenunterstützung zur Einführung zu bringen ist. Daß mehr geschehen muß, die Feststellung über die Arbeitslosigkeit in ihrer vollen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Allgemeinheit des Volks klar zu machen, hat die Mitte Februar d. J. in Berlin von der Arbeiterkammer veranstaltete Arbeitslosenzählung mit ihrem erfüllternden Resultat: 100000 Arbeitslose! wohl mit handgreiflichster Deutlichkeit gelehrt.

Ein Moment, das diesmal erheblich in die Erscheinung tritt, ist die starke Zunahme der gewerblichen Frauenarbeit. Die männlichen Arbeitskräfte sind nicht allein infolge der Krise in so großem Umfange brachgelegt, sondern ganz wesentlich trägt dazu auch die immer mehr zunehmende Verwendung der billigeren Frauen- und Mädchenarbeit bei. Der Ruf: „Die Frau gehört ins Haus“, ist eine theoretische Floskel geworden, und die, so die lautesten Thoren in diesem Streite sind, entsinnen sich in praxi oft als die tätigsten Expropriateure der Männerhände. Eine nur schwache Vorstellung von der Vermehrung der weiblichen Arbeitskräfte kann man sich machen, wenn man die bloß ein Fünftel der geschickten Krankenkassen Deutschlands repräsentierende Berichterstattung an das „Reichsarbeitsblatt“ verfolgt. Gegen den 1. November 1906 wäre danach am gleichen Zeitpunkte v. J. bei den männlichen Krankenkassenzugehörigen nur eine Zunahme von 0,14 Proz. zu verzeichnen, bei den weiblichen dagegen eine solche von 12,08 Proz. zu konstatieren gewesen! Selbstverständlich ging und geht diese Verschlebung auf Kosten der Männerarbeit vor sich. So nur ist auch zu erklären, daß im Herbst 1908 die Beschäftigungsverhältnisse für Arbeiterinnen günstiger lagen als zur selben Zeit von 1907.

Nun das Maß voll und die Misere noch empfindlicher zu machen, hat die Lebensmittelverteuerung auch in dem Krisenjahre 1908 weitere Fortschritte gemacht. Sie ist zwar nicht beträchtlich, wenn man jedoch liest und wahrnimmt, daß seit dem Jahre 1900 allein die wichtigsten Nahrungsmittel eine Preissteigerung von 11,6 Proz. erfahren, dann ist bei den stark verschlechterten Erwerbsverhältnissen die nicht so erhebliche des verflochtenen Jahres — nicht ganz 1 Proz. — doch noch sehr fühlbar geworden.

Eine Verbesserung der Arbeitslosenstatistik ist, wie nochmals betont werden muß, von den Gewerkschaften ernstlich ins Auge zu fassen. Der die Arbeitslosenunterstützung nicht führende Zimmererverband nimmt seit 1904 vierteljährlich Erhebungen über die Arbeitslosigkeit auf, die ganz brauchbares Material liefern. Warum kann das nicht allenthalben geschehen? Sind unsere Gewerkschaftler dafür zu rückständig oder scheuen die Organisationsleitungen die damit verbundene Arbeit? Das

In den letzten Wochen ist von mancherlei Anzeichen zu lesen gewesen, die auf eine Besserung der Geschäftslage hindeuten sollen. Dies soll besonders von dem Baumarkt gelten, der im vergangenen Jahre neben der Textilindustrie allerdinge am meisten daniederlag. Auch in dieser spricht man von einer Hebung, in Wirklichkeit ist der Beschäftigungsgrad ja auch besser als in den Sommer- und Herbstmonaten 1908 geworden. Im allgemeinen werden aber bei diesen Nachrichten die Wünsche den Taschen wieder einmal weit voraus sein. Daß die Reichsbank Mitte Februar d. J. den Bankdiskont auf 3½ Proz. herabsetzte, ist ebensowenig ausschlaggebend als die Zunahme der Streikbewegung im Januar gegen den Dezember v. J. Der letztere Fall sogar noch weniger als der erstere. Es will nämlich viel besagen, wenn 1908 mit einem Diskont der Reichsbank von 7½ Proz. begann und nun, reichlich nach einem Jahre, der Satz ein so niedriger ist, wie seit dem Februar 1905 nicht wieder. Wenn die Geschäftslage aber ausschließlich von der Billigkeit des Geldes abhängig sein würde, dann müßten schon seit Mitte vorigen Jahres die wirtschaftlichen Verhältnisse stark einer Besserung zutreiben, denn anfangs des Monats Juni wurde bereits der Diskont auf 4½ Proz. ermäßigt. Nein, billiges Geld ist gar häufig nur der prägnante Ausdruck für die verminderte geschäftliche Tätigkeit. Nach der soeben erschienenen Februarnummer des „Arbeitsmarkt“ sind die Ausichten auch keineswegs so günstig. Hatte der Dezember eine kleine Erleichterung des Arbeitsmarkts gegenüber dem wahrhaft trostlosen November gebracht, so ist im Januar 1909 die Spannung wieder ein wenig größer geworden. Ein Vergleich mit dem Januar 1908 ergibt, daß gegen den damaligen Anhang von 148,56 Arbeitsunden auf je 100 offene Stellen sich diesmal noch 36,36 Beschäftigungslose mehr meldeten. Vom Dezember zum Januar trat freilich eine Verminderung von 19,52 auf 18,91 Arbeitsunden ein. Es will das an sich jedoch nichts besagen, denn bei den Krankenkassen nahm die Zahl der beschäftigten Mitglieder noch um 6,65 Proz. ab. Aber was besonders hierbei bemerkenswert: die männlichen Beschäftigten verringerten sich nur um 4,19 Proz., die weiblichen dagegen um 11,33 Prozent. Hervorgerufen ist diese auffällige Verschiebung

* Wir stellen die Notenstecher trotz ihrer niedrigeren Ziffer an die erste Stelle, da in diesem Berufe schon seit etwa drei Jahren sämtliche Arbeiter hart vorzüglich Arbeitslos sind. Für 1908 werden sich außer den in der Tabelle verzeichneten noch 14998 arbeitslose Tage bei 116 Mitgliedern ergeben haben.
** Da im Bezirke in ganz betrüblichem Umfange Forderungen entgegengeleitet wurden, wäre die Arbeitslosigkeit auch hier wesentlich höher.

durch das sehr ungünstig ausgefallene Weihnachtsgeschäft, wovon zahlreiche Entlassungen weiblicher Angestellter die Folge war. Dann ist es noch der Bergbau, der eine starke Verschlechterung im Januar aufweist und jetzt zahlreiche Umwanderungen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet zeitigt. Bestenfalls kann also die gegenwärtige Situation so präpariert werden, daß der Höhepunkt der Krise erreicht ist, es also schlimmer nicht werden kann. Ein Trost, der mehr wert ist als hier und da gleich Rafeten aufleuchtende Stimmungsmache.

Korrespondenzen.

F.d. Vagen. Die erste diesjährige Bezirksversammlung fand am 7. Februar in Vagen statt. Nach Verlesung zweier Zirkulare des Zentral- und Gauvorstandes wählte der Vorsitzende Andreas Wilms dem verstorbenen Kollegen Jean Schommer einige Worte. Der Jahresbericht sowohl wie der Kassenbericht lagen gedruckt vor. A. Leclerc und J. Beder wurden Rechte wegen ausgeschlossen. Großes Interesse erweckte die Berichterstattung des Vorsitzenden über die letzte Kreisamtsitzung und über die Bezirksvorsteherkonferenz. Es wurde aber gemüßigt, daß bei so wichtigen Berichtserstattungen für die Folge der Wunsch der Direnere Kollegen, das Referat in Diren für Diren und den Diren zunächstliegenden Ortsvereine sowie in Vagen für die Vagen zunächstliegenden Ortsvereine zu erstatten, ernstlich ins Auge gefaßt werden müsse. Eine längere und teilweise etwas heftige Debatte rief der Antrag Diren auf Einstellung der Sammlungen für die Durchreisenden auf den Bezirksversammlungen und Gewährung eines Betrags aus der Bezirkskasse, dessen Höhe der Vorstand festsetzt, hervor. Der Antrag wurde heftig bekämpft und mit großer Mehrheit abgelehnt. Schwierigkeiten brachte in diesem Jahre die Vorstandswahl dadurch, daß Kollege Wilms die lange Jahre hindurch innegehabte Stellung nicht mehr annehmen wollte. Als Grund gab er Arbeitsüberbürdung und hauptsächlich die Interesslosigkeit eines großen Teils der Vagener Mitglieder am Vereinsleben an. Der beste Beweis dafür sei, daß von etwa 285 in Vagen stehenden Verbandsmitgliedern kaum 80-85, und zwar fast immer dieselben, an den Versammlungen teilnehmen. Scharfe Kritik übte er an dem Verhalten dieser Kollegen. Nachdem die Versammlung aber von seiner Wiederwahl unter keinen Umständen Abstand nehmen wollte, nahm er die per Affikation erfolgte Wahl nochmals an in der Hoffnung, daß die Mitglieder sich ihrer Pflichten bewußt und mehr, viel mehr am Vereinsleben teilnehmen werden. Kassierer Hagen wurde ebenfalls wiedergewählt. Nachdem noch als Det der nächsten Bezirksversammlung Diren festgesetzt war, konnte die von ungefähr 300 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen werden. Nicht vergessen soll unsere „Gastpflanz“ sein, welche die Anwesenden durch zwei sehr schön vorgetragene Chorlieder erfreute.

Th. Bremen. (Bezirksversammlung vom 17. Februar.) Unter „Vereinsmitteilungen“ konnte der Vorsitzende bekannt geben, daß es den Bemühungen des Vorstandes nunmehr gelungen sei, für alle Geschäfte die 14tägige Kündigungsfrist zur Anerkennung zu bringen. Bekanntlich hatte in letzter Versammlung Herr Pastor Felden einen interessanten Vortrag gehalten über das Thema: „Was fördert und was hindert den modernen Arbeiter, Persönlichkeit zu werden?“ Durch eine Stelle in diesem Vortrage, die aber weder in der Beschreibung noch in der Versammlung näher angegeben wurde, fühlte sich ein Kollege in seinen katholischen Gefühlen arg verletzt und hatte gegen den Vorstand den Vorwurf erhoben, eine schwere Neutralitätsverletzung begangen zu haben. Der Vorstand ist dem Kollegen die schriftliche Antwort nicht schuldig geblieben. Da aber der betreffende Kollege mit dem Inhalt seiner „geharnischtesten“ Beschwerde in Wirklichkeit usw. renommierte, war der Vorstand gezwungen, dies den Mitgliedern zu unterbreiten. Das Resultat der Debatte war, daß der sich verletzt fühlende Kollege am Schluß sagen konnte: „Ich bin allein auf weiter Flur“. Er mußte sich bedeuten lassen, daß er gar nicht konsequent sei, denn er habe doch noch kirchlich seinen radikalen Gefühlen freien Lauf gelassen. Durch eine solche Hervorkehrung von „religiösen“ Gefühlen mißten wir in Zukunft darauf verzichten, uns populärwissenschaftliche Vorträge halten zu lassen zur Weiterbildung unserer Mitglieder. Dem Gauvorstande konnten dann abermals neun Aufnahmegeruche empfindend überwiesen werden. Der Geschäftsführer der hiesigen Arbeiterkongressgenossenschaft vorwärts hielt sodann einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Das Genossenschaftswesen“. Die Kollegen wurden in der Diskussion wiederholt aufgefordert, diese vom hiesigen Gewerkschaftskartell gegründete Genossenschaft durch Beitritt zu unterstützen. Zu der geplanten Errichtung einer Zentralbibliothek nahm die Versammlung dahingehende Stellung, daß sie mit dieser Errichtung prinzipiell einverstanden, auch sich bereit erklärt, zu den Kosten beizutragen, es aber ablehnt, unsere Bibliothek zur Verfügung zu stellen, weil besüchtigt wird, daß durch Aufgabe der Bibliotheksabende unser Vereinsleben schweren Schaden erleiden würde.

Bremen. (Maschinenf. u. M.) Nachdem infolge Vermehrung der Sechsmaschinen auch die Zahl der Maschinenf. sich vergrößert hat, haben sich hier jetzt diese Kollegen zu einer Spezialvereinigung zusammengeschlossen. Am 14. Februar wurde im „Gewerkschaftshaus“ die Gründung des Maschinenf. u. M. Bremen (angehört dem Maschinenf. u. M. Nordwest) vorgenommen, dem

16 Kollegen beitraten. Weiterer Zuwachs steht in Aussicht. An Sechsmaschinen sind hier 15 Vinotypes in Betrieb.

Bünde i. Westf. Die am 13. Februar abgehaltene Generalversammlung war vollständig besucht. Da der bisherige Vorsitzende demnächst Bünde verläßt, wurde Kollege Alfred Kaltenbach zum Vorsitzenden und der bisherige Kassierer H. Tiemeyer wiedergewählt. Wir dachten im verflochtenen Geschäftsjahr einen Erfolg erlangen zu haben, indem auch Herr Bornbümen („Generalangeiger“) den Tarif anerkannte. Herr Bornbümen scheint den Tarif aber nur als Reklame zu benutzen, denn es steht mit der Durchführung des Tarifs in seiner Druckerei böse aus. Das einzige Verbandsmitglied (Maschinenf. u. M.) verließ vor kurzem diese Druckerei wegen unzufriedener Bezahlung und Arbeitszeit. Es arbeiten zurzeit dort vier Lehrlinge und ein Maschinenf. u. M. (NV), der nicht einmal das Handfegerminimum erhält. Die Zeitung sieht auch danach aus. Herr B. versteht es auch, als „Chefredakteur“ in seiner Zeitung als Arbeiterfreund zu glänzen. Wer überhaupt Chef dieser Druckerei ist, wissen wir bald selbst nicht, denn was der „Herr Oberfaktor“ M. befehlt, muß gemacht werden, und wenn es selbst gegen den Willen des Inhabers ist. Als unser früherer Vorsitzender und der Vertrauensmann der Maschinenf. u. M. vorstellig wurden, wies man ihnen die Tür. In den beiden andern hiesigen Firmen herrschen tarifliche Zustände, wenn auch kleinere Mängel noch zu beseitigen sind.

Erft. Die am 13. Februar abgehaltene Ortsvereinsversammlung war entsprechend der wichtigen Tagesordnung recht zahlreich besucht. Zur Aufnahme hatten sich 15 Kollegen gemeldet. Es geht also auch hier vorwärts. Des weitern teilte der Vorsitzende mit, daß die Errichtung eines Tarifschiedsgerichts und eines paritätischen Arbeitsnachweises nunmehr zur Tatsache werden wird. Für die zu besetzenden Beisitzerposten wurden die Kandidaten nominiert, ebenso ein Kollege als Arbeitsnachweisverwalter vorgeschlagen. Ferner wurde beschlossen, die Versammlungen vom ersten auf den zweiten Sonnabend im Monate zu verlegen.

Essen. (Maschinenf. u. M.) Die Generalversammlung der rheinisch-westfälischen Vereinigung fand am 14. Februar in Unwesenfeld von 101 Kollegen hier statt. Der Vorsitzende wies unter „Geschäftliches“ zunächst auf die am Vormittage stattgefundene interessante Besichtigung der Doppelmagazinlinotype hin, deren Inaugurationsnahme uns seitens der Firma Thaden & Schmemann („Generalangeiger“) in anerkannter Weise gestattet wurde. Allgemein bedauert wurde der durch die Verhältnisse erzwungene Rücktritt des Kollegen Ruffial von seinem Posten als Vorsitzender der Zentralkommission. Aufgenommen wurden 24 Kollegen. Der Jahresbericht der Vereinigung lag gedruckt vor, der Vorsitzende gab noch einige Erläuterungen zu demselben. In einzelnen Druckereien des Gaus herrschen in betreff der Maschinenf. u. M. noch Verhältnisse, die den tariflichen Bestimmungen nicht entsprechen; es sind Schritte eingeleitet, hier Remede zu schaffen. Redner rügte auch, daß in verschiedenen Druckereien die tariflich festgelegte Puzzeit nicht eingehalten werde. Die darauffolgende Neuwahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl des Vorsitzenden Heinrich Müller sowie des Kassierers Ernst Hamrath. Der Bezirk Duisburg der Vereinigung hatte den Antrag gestellt, ihm einen Zuschuß zu den Kosten der Agitation in den weitabgelegenen niederrheinischen Druckorten zu gewähren. Es wurde jedoch seitens verschiedener Redner ausgeführt, daß dieser Antrag zu weitgehenden Konsequenzen gegenüber den andern Bezirken führe; auch sei eine besondere Agitationstour nicht notwendig, da jeder Maschinenf. u. M. Kollege, falls er Mitglied des Verbandes sei, auch wissen könne, daß er der Vereinigung angehören habe. Der Antrag wurde abgelehnt. Die darauffolgende Beratung der Änderungen zum Statute zeitigte die Annahme der Änderungen in der vom Vorstand angeregten Fassung. Die nächste Quartalsversammlung findet in Hagen statt.

se. Flensburg. (Maschinenf. u. M.) Unsere Hauptversammlung fand am 7. Februar in Flensburg statt, umständlicher war sie um einige Wochen verschoben worden. Der Vorsitzende gab von einem Zirkulare der Zentralkommission Kenntnis. Sodann wurde der gesamte Vorstand per Affikation wiedergewählt. Von Neumünster waren Stimmen laut geworden, sich unserem Verein anzuschließen, wogegen Einwendungen nicht erhoben wurden. Es soll in der nächsten Quartalsversammlung mit den einzuladenden Kollegen aus Neumünster dieser Punkt näher erörtert werden. Erwähnt wurde sodann noch, daß jetzt in Londern und Kappeln an den Maschinen ein Wechsel eingetreten sei, und wurde dem Vorstand anheimgegeben, mit den jetzigen neuen Kollegen in Unterhandlungen zu treten, da die bisherigen unserer Vereinigung ferngeblieben sind. Die nächste Quartalsversammlung findet wieder in Flensburg statt.

D. Arfeld. Am 13. Februar fand eine ordentliche Mitgliederversammlung statt. Vor Eintritt in die Verhandlungen gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten des vor kurzem verstorbenen Kollegen Engelbert Prohl. Es folgte nach Erlebigung der geschäftlichen Angelegenheiten sodann der Vortrag: „Unser tarifliches Gesetz, I. Abschnitt“. Hierzu sei bemerkt: Unser Vorsitzender Erlebig hat sich die gewiß lobenswerte Aufgabe gestellt, mit den Kollegen den Tarif nebst Kommentar in verschiedenen Abteilungen zu besprechen und die Einzelbestimmungen an konkreten Beispielen zu erläutern. Nun sollte man meinen, diese Besprechungen wären jedem wichtig genug, um an denselben teilzunehmen.

Aber man schwadroniert am Viertisch oder läßt seine Weisheit bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten leuchten, statt an ersten Debatten in der Versammlung teilzunehmen. Es ist an der Zeit, daß das anders wird, und hoffentlich werden die Kollegen zu den nächsten Vorträgen vollständig erscheinen. Die Versammlung erledigte dann noch einige kleinere Angelegenheiten.

Landau (Pfalz). In der Bezirksversammlung am 31. Januar wurde nach dem Jahresberichte die Mitteilung, daß die Einführung des Sozialzuzugs um 2% Proz. in Landau glatt vor sich ging, mit Befriedigung aufgenommen. Das von dem Vorstand ausgearbeitete Bezirksstatut wurde ohne wesentliche Änderungen angenommen. Der wöchentliche Bezirksbeitrag wurde nach der Begründung des Vorsitzenden und des Kassierers ohne Distinktion mit großer Mehrheit von 10 auf 15 Pf. erhöht. Dafür wird kein auswärts residierendes Mitgliedern das Fahrgeld für alle vier Bezirksversammlungen vergütet; bis jetzt war das nur für zwei Versammlungen der Fall. Den Wünschen der auswärtigen Kollegenschaft Rechnung tragend, wurde der Vorstand beauftragt, die nötigen Schritte zur Beseitigung der Unannehmlichkeiten in den Druckorten Unweiler, Bergzabern, Eckenfoden und Kandel zu unternehmen.

Marburg. Am 14. Februar fand dahier unsere erste Bezirksversammlung statt. Sie war gut besucht, und zwar aus folgenden Orten: Marburg mit 38, Dillenburg 4, Gerborn 3, Straßersbach 2, Kirchhain 2, Gladenbach 1, Laasphe 1. Die Jahresberichte des Vorsitzenden und der Vertrauensleute der einzelnen Druckorte wie auch die Rechnungsablage des Kassierers waren sehr eingehend und fanden aufmerksame Zuhörer. Der Vorstand wurde per Affikation einstimmig wiedergewählt. Der vierte Punkt der Tagesordnung betraf den Besuch des Gesangvereins Gutenberg Frankfurt a. M. zu Pfingsten hier in Marburg. Es soll ein größeres Buchdruckerfest damit verbunden werden. Der Vorstand hat auch bereits die nötigen Schritte getan und ein vorläufiges Programm aufgestellt. Außerdem schlug der Vorstand vor, sämtlichen Bezirksmitgliedern freie Fahrt zu gewähren und das Fest auf die Bezirkskasse zu übernehmen. Dem Programm wurde sowohl wie auch den beiden andern Vorschlägen wurde zugestimmt und der Vorstand durch ein Komitee von zehn Kollegen verstärkt. Das Fest verspricht großartig zu werden, da auch die Ortsvereine Sieben, Weylar, Buhbach und Bad Nauheim daran teilnehmen werden. Unter „Verständenes“ verlas Kollege Weber ein Zirkulare des Verbandsvorstandes. Es wurde noch beschlossen, die zweite Bezirksversammlung auswärts abzuhalten.

Münster i. W. Unsere erste diesjährige Bezirksversammlung fand am 7. Februar in Münster statt. Sie erfreute sich eines guten Besuchs. Anwesend waren 125 Kollegen, die sich auf die einzelnen Druckorte wie folgt verteilten: Münster 91, Käßfeld 7, Vengerich 7, Warendorf 7, Dülmen 4, Hilde 4, Emsdetten, Gronau, Haltern, Rheine und Telgte je 1 Mitglied. Nach kurzer Begrüßung der Erscheinungen durch den Vorsitzenden Kosmeier gab der Kassierer einige Erläuterungen zu dem gedruckt vorliegenden Kassenberichte. Dem Jahresberichte des Vorstandes schloß sich dann die Vorstandswahl an. In ausführlicher Weise berichtete hierauf Kollege Meister über die Tätigkeit des Tarifschiedsgerichts und des Arbeitsnachweises im Jahre 1908. Von seiten einiger Prinzipale wurde der Arbeitsnachweis leider nur selten oder gar nicht in Anspruch genommen. Ferner berichtete Kollege Meister über die am 7. Dezember in Düsseldorf stattgehabte Kreisamtsitzung. Über die am 14. Dezember in Essen abgehaltene Bezirksvorsteherkonferenz berichtete unser Vorsitzender Kosmeier. Diesen Berichterstattungen schloß sich eine kurze sachliche Diskussion an. Ein Antrag des Ortsvereins Hilde: „Bevilligung der vollen Fahrt zu den Bezirksversammlungen“, wurde, da bei den jetzigen Einnahmen der Kasse undurchführbar, nach kurzer Debatte durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Dem Ortsvereine Dillmen wurden dann auf einen diesbezüglichen Antrag hin 15 Mk. für Bibliothekszwecke bewilligt. Mit der Bekanntgabe des Inhalts je eines Zirkulare des Zentral- bzw. Gauvorstandes und der Mitteilung sonstiger interner Vereinsangelegenheiten endete die Versammlung.

Dosen. Am 13. Februar beging unser Ortsverein sein Stiftungsfest. Nach einigen Konzerten begrüßte der Vorsitzende die Festteilnehmer und wies in kurzen Umrissen auf den Werdegang und die Errungenschaften des Verbandes hin. Der Gesangverein Typographia erfreute mit gut vorgetragenen Liedern. Seine Leistungen bewiesen, daß das Bestreben der Mitglieder, im Verbandskollegenkreise die Sangeskunst zu pflegen und die Buchdruckerfest durch ihre Darbietungen zu verschönen, vollauf gelungen ist. Einige humoristische Vorträge und ein flott gepieltes Theaterstückchen bildeten das weitere Programm. Den Schluß des Festes machte der übliche Tanz. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß die Einladungen zum Feste die Buchdrucker- und Kunstankstalt Wergbach dem Vereine gratis geliefert hatte. Der Besuch des Festes seitens der Mitglieder ließ sehr zu wünschen übrig. Ein großer Teil wird eine triftige Entschuldigung für sein bedauerliches Verhalten nicht beibringen können. Zum Glücke genießt der Ortsverein einen guten Ruf in seinen Freundeskreisen, und diese waren denn auch zahlreich erschienen.

Stade. In der am 13. Februar abgehaltenen, gut besuchten Generalversammlung mußte, da der alte Vorstand sein Amt niederlegte, ein neuer gewählt werden. (Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Eingelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 23. Februar 1909.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 22.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Derfelbe besteht jetzt u. a. aus den Kollegen Gustav Probst (Vorfigender) und August Hinz (Kassierer). Nachdem der zu weiteren Ausführungen keine Veranlassung gebende Jahresbericht sowie die übrigen Punkte erledigt, wurde noch bemängelt, daß nicht gleich Deckstreifen für den Fehler im neuen Verbandsstatut gedruckt wurden, um der Sache einen besseren Anstrich zu geben. Bei der Besprechung des Punktes „Johannistfest 1909“ wurde aus der Versammlung die Anregung gegeben, dasselbe gemeinsam mit den umliegenden Mitgliebschaften in einem Orte der Unterelbe zu feiern, wie dieses bereits im Vorjahre von den Hürburger usw. Kollegen angeregt wurde.

H. Weimar. (Maschinenseger.) Die am 14. Februar im „Volkshaus“ abgehaltene Generalversammlung der Maschinensegervereingung Gau Osterland-Thüringen hatte einen zahlreichen Besuch aufzuweisen; außer Weimar waren vertreten: Apolda, Eisenach, Erfurt, Gera, Gotha, Jena, Naumburg, Papiermühle und Pößneck. Bauvorsteher Helmholz war ebenfalls erschienen. Die Vorstandswahl vollzog sich glatt, indem die Kollegen aus Weimar einmütig die auf sie entfallenen Wahlen annahmen. Dem alten Vorstände brachten die Kollegen ihren Dank durch Erheben von den Plätzen zum Ausdruck. Der Punkt „Technisches“ zeitigte eine recht ausgedehnte Debatte, an der sich die Kollegen mit Interesse beteiligten. Neu gemeldet haben sich vier Kollegen. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Gotha bestimmt. — Am Nachmittag vereinigten sich die Kollegen im lokale der Berggesellschaft, um hier bei Konzert, Gesangs- und humoristischen Vorträgen und anschließendem Tänzchen die Feier des fünften Stiftungsfestes zu begehen, die einen äußerst befriedigenden Verlauf nahm. Dem Gesangsverein Gutenberg (Weimar) sowie den sonst mitwirkenden Kollegen sei auch an dieser Stelle gedankt.

Rundschau.

Von einer Duplizierung der Buchdrucker durch einzelne Monteurs der Schnellpressenfabrik Albert & Co. in Frankenthal setzt uns die böttische Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Kenntnis. Der Sachverhalt ist folgender: Im Jahre 1907 vereinbarten die Monteurs mit der genannten Firma einen Tarif zur Regelung der Montagevergütung im In- und Ausland. Es wurden damit wesentliche Verbesserungen gegen früher erzielt und durch den Zusammenschluß und Zusammenhalt der Monteurs in ihrer Organisation, dem Metallarbeiterverband, auch Lückenlos durchgeführt. Nun sind aber in letzter Zeit einige Monteurs aus dem Verbandsverbande ausgetreten, teils um die Beiträge zu sparen, teils in der Annahme, daß ja nun die Verhältnisse geordnet seien usw. Das sind die Entschuldigungsgründe, welche diese Monteurs für ihren Austritt ihren Kollegen gegenüber geltend machen. Um sich jedoch das Ansehen als organisierte Arbeiter auch außerhalb der Fabrik (hauptsächlich auf Montage) bei den Werkzeugmachern zu sichern, geben sich diese Abtrünnigen trotzdem als organisierte Monteurs aus und erlauben sich sogar bei ihrer Rückkehr in die Fabrik, ihrer Heldentat sich noch zu rühmen, indem sie es fertig gebracht hätten, die Buchdrucker anzuschwindeln. Ein solches Gebaren muß niedriger gehängt werden und dürfte es wohl notwendig machen, daß unsere Kollegen sich solche Herren in gegebenen Fällen etwas näher ansehen.

Zur Inseratensteuer. Ein weiterer Beitrag zum Beweise der Unrichtigkeit in der Begründung zu dieser Steuer vorlage, daß ausschließlich der Inserent die Kosten zu tragen habe, wird durch folgende Mitteilung in der „Zeitschrift“ erbracht: Eine Firma erteilte einen Inserationsauftrag mit der Bedingung für 26 malige Aufnahme wie bisher zum Preise von ... M., „ein Stücklich etwaiger Anzeigensteuer“. Der in Frage stehende Zeitungsverleger konnte sich mit Rücksicht auf die langjährige Geschäftsverbindung mit dem Auftraggeber zu einem Einsprüche gegen diese Bestimmung nicht entschließen, um den Inserenten nicht zu verlieren. Solche Fälle sind in letzter Zeit schon mehrfach zu konstatieren und werden bestimmt nach Annahme des Gesetzes zur Regel werden, daß ist die feste Überzeugung jedes Fachmanns. Denn selbst wenn auch die Zeitungsverleger im äußersten Falle sich zu gemeinsamen Abwehrmaßnahmen gegenüber solchen Inserenten wie im vorstehenden Falle verständigen könnten, so würde nur das Eintreten, was der Arbeitsausschuß der Großinzerenten in einer Denkschrift über die Anzeigensteuer an den Reichstag zum Ausdruck gebracht hat: „Die Anzeigensteuer bringt nur ein sicheres Ergebnis! Die öffentlichen Straßen und Plätze werden wieder der idyllischen Ruhe der Zeiten des wirtschaftlichen Stillstandes zurückgegeben. Die stille Gasse, das Ideal der Träume des Herrn Reichsstaatssekretärs, wird in ihrer gemütvollen Schlichtheit neu auferstehen

aber ebenso armselig wird es dann auch in den Steuerklassen ausschauen. Früher Unternehmungsgeist, der sich nicht zum geringsten in einer zielbewußten, großzügigen Geschäftspropaganda betätigt, darf nicht durch eine einseitige Steuerbelastung erdroffelt werden!“

Plakatkunst und Plakatsteuer! Entwicklung und Bedeutung der Plakatkunst ins rechte Licht zu setzen und die Plakatsteuer abzuwehren, ist der Zweck einer Ausstellung, welche vom 25. Februar bis 8. März im Berliner Buchgewerbeaal, Dessauer Straße 2 (3 Treppen) veranstaltet wird, und dort unentgeltlich täglich von 11 bis 8 Uhr und Sonntags von 10 bis 5 Uhr zu sehen ist. Der übersichtliche Aufbau der Plakatschau liegt in den Händen des Kunstmalers A. Knab, und Veranstalter sind der Bildungsausschuß Berlin der Lithographen und Steinbrücker in Verbindung mit der Berliner Typographischen Gesellschaft. Die Ausstellung wird erweisen, welche vernichtend wirkenden Lasten dem graphischen Gewerbe auferlegt werden sollen. Um kaum ein Hundertstel jener Summe zu erlangen, die bei der Reichsfinanzreform in Frage kommt, sollen Künstler, Zeichner, Lithographen, Drucker und das ganze Anschlagwesen schwer geschädigt werden, sollen statt ästhetisch befriedigender, farbenreicher künstlerischer Schöpfungen primitive Vandalen- und Straßenschilder verungern. Daß dies nämlich die Wirkung der Steuer sein muß, lehren die geplanten Steuersätze, welche entgegen allem bei Verbrauchssteuern Gewohnheiten, den Herstellungspreis der Steuerobjekte ums Vielfache übersteigen. Nachdrücklichen Einspruch gegen diesen Steuerplan wird auch eine Protestversammlung aller Plakat- und Gewerbeinteressenten erheben, die am Eröffnungstage der Ausstellung, am 25. Februar, abends 8 Uhr, in den Festsälen des „Grand Hotel“, Alaganberplatz 46—48, abgehalten wird.

Ein Polizeistandal gegen einen taubstummen Buchdrucker kam dieser Tage vor der Strafkammer in Stuttgart zur Verhandlung. Ein taubstummer Buchdrucker, der wegen Diebstahls verhaftet wurde, widersetzte sich seiner Durchsuchung. Die Folge davon war, daß vier Polizisten über ihn herfielen, auf Anordnung des Wachmeisters ihm die Fänge zusammenbanden und mit einem Ohrenjäger den armen Teufel mißhandelten. Bei der Gerichtsverhandlung gab er nur die Polizisten an, daß sie nicht gewußt hätten, daß der Mann taubstumm sei, er hätte wie ein wildes Tier gebrüllt, um sich zu wehren und zu beißen. Der Polizist, welcher den Ohrenjäger in so erbärmlich brutaler Weise schwang, wurde zu der milden Buße von 100 M. Geldstrafe verurteilt, während die übrigen freigesprochen wurden.

Preßprozeß. Der Redakteur des „Vorwärts“, Davidsohn, wurde von der Strafkammer in Berlin wegen Verleumdung des Kriegsministers, des Staatssekretärs des Reichspostamts und des Berliner Polizeipräsidenten wegen der Vorwürfe über Soldatenmißhandlungen, Verletzung des Briefgeheimnisses und polizeilicher Übergriffe zu insgesamt 1300 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sieben Monate und eine Woche Gefängnis beantragt.

Ein vernünftiges Urteil über die gemeinsamen Bestrebungen der Unternehmer und Arbeiter zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz fällt vor einigen Tagen das Schöffengericht II in Hamburg. Es handelte sich um die Durchführung des Lohns in der Malergewerbe für Hamburg und Umgegend bzw. um Hochhaltung des Stundenlohns von 65 Pf. bei neunstündiger Arbeitszeit. Im Herbst 1908 übernahmen zwei Hamburger Malermeister und eine Leipziger Firma Arbeiter auf der „Vulkan“-Werft zu Hamburg. Der Leipziger Unternehmer brachte seine Gehilfen aus Leipzig mit und zahlte denselben nach dem Leipziger Tarif auch nur 45 Pf. Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit. Alle Verhandlungen, die darauf gerichtet waren, in diesem Streit eine Einigung zu erzielen, scheiterten an dem Widerstande der Leipziger Firma, worauf über sie die Sperre verhängt wurde. Ein von dem Arbeitgeberverband und der Organisation der Arbeiter gemeinsam unterzeichnetes Flugblatt wurde an die gesamte Arbeiterchaft der Vulkanwerft gerichtet. Der Obermeister der Arbeitgeberorganisation fügte dem Flugblatt noch die Erklärung bei: „Die Verhängung der Sperre und die Herausgabe dieses Flugblatts erfolgt mit unfer ausdrücklichen Zustimmung.“ Dieses Flugblatt führte nun zu einer Differenz zwischen einem Hamburger und Leipziger Malergehilfen. Eine Klage wegen Nötigung und Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung gegen den Hamburger war die Folge davon. Bei der Verhandlung vor dem Schöffengericht erklärte nun der als Zeuge vernommene Obermeister der Hamburger Arbeitgeberorganisation, daß der Kampf zur Aufrechterhaltung des Tarifs von beiden Organisationen geführt worden sei, um die Schmutzkonkurrenz vom Hamburger Vertragsgebiete fernzuhalten. Sollte der Angeklagte sich strafbar gemacht haben, dann müßte man auch ihn, den Obermeister, bestrafen. Der Verteidiger des Angeklagten wies ferner darauf hin, daß der § 153

der Gewerbeordnung hier gar nicht in Frage kommen könne. Der Lohns bei der Abschluß eines Kampfes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und deshalb kein Kampfmittel. So liege in diesem Fall auch kein Differenzpunkt aus einem Kampfe zwischen Arbeitern und Unternehmern vor, sondern ein Vorgang aus einem Kampfe zwischen Lohns und Lohns, zwischen Tarifstreue und Tarifuntreue. Das Gericht stellte sich auf denselben Standpunkt und sprach den Angeklagten von einem Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung frei, verurteilte ihn aber, weil er seiner gegenständlichen Ansicht gegenüber dem Kläger durch einen Schlag auf die Hand etwas zu impulsiv Ausdruck verliehen hatte, wegen Verleumdung zu 5 M. Geldstrafe. Unfers Wissens hat sich aber leider das Reichsgericht in ähnlichen Fällen, welche seiner endgültigen Rechtspredung unterstellt wurden, zu einer solchen vernünftigen Unterscheidung der Streitfälle im eigentlichen Lohnkampf und den Streitfragen über Tarifstreue und Tarifuntreue noch nicht aufschwingen können. Im Gegenteil, schon mehr als einmal hat das Reichsgericht zum Ausdruck gebracht, daß die Streitigkeiten aus Lohnsfragen der Beurteilung nach § 153 unterliegen. In Berücksichtigung dieser Tatsache ist es daher nur um so mehr zu begrüßen, wenn selbst die unteren Gerichtsinstanzen damit den Anfang machen, die Bedeutung und den Wert der Tarifverträge von einem andren Standpunkt aus zu beurteilen; ein Beweis mehr dafür, daß der bisherige Gesetzeszustand in dieser Sache mehr und mehr unhaltbar und eine klipp und klare Festlegung des Tarifvertragsrechts immer notwendiger wird.

Bei der Gewerbegerichts Wahl in Hohenlimburg legten die freien Gewerkschaften mit großer Mehrheit über die „Christlichen“ und errangen sämtliche fünf Sitze. Zum Arztefreistell in Köln. Unter dem Druck der öffentlichen Kennzeichnung der einseitigen Parteinahme der Leitungen städtischer Spitäler in Köln haben die letzteren inzwischen eine Erklärung veröffentlicht, wonach sie vollständige Neutralität gegenüber den Differenzen zwischen Ärzten und Krankentassenmitgliedern garantieren. Im übrigen wird in neuester Zeit durch leitende Geister der organisierten Ärzte unumwunden zugegeben, daß nicht die materielle Seite allein ausschlaggebend dafür sei, die freie Arztwahl zu erringen, sondern in der Hauptsache die Überzeugung, daß durch die freie Arztwahl die Ärzte gezwungen seien, einer Organisation anzugehören. Dieses Ziel wollen die Ärzte mit Anwendung aller Mittel erreichen und deshalb boykottieren sie Kranke und Sterbende. Ferner wird selbst aus den Reihen der Ärzte erklärt, daß an dem Kölner Konflikt weniger die dortigen Ärzte schuld sind als die oberste Leitung des Arztesbundes in Leipzig, welche in geradezu fanatischer Weise die Ärzte ihrem Egoismus unterworfen hält und jeden der nicht nach der Pfeife der Herren von der Leipziger Oberleitung tanzt, moralisch und wirtschaftlich zu vernichten sucht. Diese Organisation hat es verstanden, sich ein einseitiges Monopol auf die ärztliche Praxis und Stellenvermittlung zu verschaffen. Die einzelnen Ärzte befinden sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zu der Organisation, das für Männer, welche gebildet sein wollen, geradezu beschämend ist. Einen solchen Zustand würde sich kein organisierter Arbeiter auch nur einen einzigen Tag gefallen lassen. Aber diese über vernünftigen Moral direkt höhnsprechende Macht der Arzteorganisation stützt sich auf die gesetzliche Verpflichtung der Krankentassen, unter allen Umständen für ausreichende ärztliche Behandlung der Kassenmitglieder zu sorgen, während für die Ärzte eine gleiche Verpflichtung zur Hilfeleistung nicht besteht. Diese Zwangslage der Krankentassen wird von der Arzteorganisation in unverantwortlicher Weise mißbraucht. Aber der Krug geht bekanntlich nur so lange zum Brunnen, bis er bricht, und so werfen auch in dieser Frage die Folgen einer zu straffen Bogenpannung ihre Schatten voraus. Es fängt an zu gären in weiten Kreisen der organisierten Ärzte. Diese Gärung nähert sich immer mehr ihrem Ausbruch und dürfte jedenfalls der Leipziger Bundesleitung sehr bitter aufstoßen. Vorläufig aber kennt der Hochmut dieser Leitung noch keine Grenzen. Als neueste Heldentat wurde von ihr ein offener Brief an den Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg gerichtet, weil er im Reichstage den Herren Ärzten den Vorwurf eines Mißbrauchs des Koalitionsrechts gemacht und die Möglichkeit, Kranke oder Sterbende im Stiche zu lassen, als einen Mißfall in unsoziale Zustände schlimmster Art bezeichnet habe. Sie legen im Hinblick auf den jetzt tobenenden Streit zwischen Ärzten und Krankentassen, namentlich in bezug auf die Kölner Verhältnisse, entschieden Verwahrung dagegen ein und machen dem Staatssekretäre den Vorwurf, über die Unangelegenheit nicht oder falsch unterrichtet zu sein. 24000 deutsche Ärzte ständen hinter den Kölner Ärzten, aber alle würden es freudig begrüßen, wenn diese häßlichen Kämpfe ihr Ende finden würden. Eine solche Begriffsverwirrung über das, was Koalitionsrecht eigentlich bedeutet, ist uns noch niemals zur Kenntnis gekommen. Die Ärzte nehmen für

sich in Anspruch, das Koalitionsrecht bis in den hintersten Winkel auszunützen, sobald aber jemand anders auch nur den schwächsten Versuch macht, ebenfalls das Recht der Koalition für sich in Anspruch zu nehmen, dann finden es die Herren Ärzte für nötig, die schwächsten Waffen dagegen in Anwendung zu bringen, zaudern sogar nicht um ihres terroristischen Prinzips willen, Kranke und Sterbende ihrem Schicksale zu überlassen. Eine solche Kampfweise richtig zu kennzeichnen, dazu fehlen uns tafächlich die Worte. Eine solche stuppellose und egoistische Verfertigung wirtschaftlicher Ziele ist ein bitterer Hohn auf die ganze sozialpolitische Entwicklungsstufe unserer Zeit, um so verwerflicher, als deren Urheber auf einer Bildungsstufe stehen wollen, die sie befähigen würde, Bannerträger der höchsten Menschheitsideale zu sein.

In der Massenfrage vor dem Gewerbegericht in Mühlhausen i. S. f., über welche wir schon in Nr. 8 des „Korr.“ unter „Mundschau“ berichteten, liegt nunmehr das Urteil vor. Danach wurde die Maschinenbauwerkstätte Ducommun zur Zahlung des Lohns für vier Arbeitstage, an denen die Firma die Fabrik geschlossen hatte, ohne dies dem Personal am letzten Zahlung ordnungsgemäß anzukündigen, an sämtliche Kläger verurteilt. Die Entscheidung erfolgte nach Erstattung eines Sachverständigengutachtens, aus dem hervorging, daß die Reparatur der Dampfmaschinen höchstens zwei Tage in Anspruch genommen habe und die längere Stilllegung des Betriebs lediglich den Direktoren der Fabrikleitung zuzuschreiben war. Dieser Mißbrauch eines Verfügungsrechts über die Arbeiter kostete nun der Firma ungefähr 5000 M.

Aussperrung. In Nürnberg und Fürth wurden sämtliche Stukateure, ungefähr 500, von dem Arbeitgeberverbande für das Baugewerbe ausgesperrt. Diese Maßnahme wurde getroffen, weil sich die Arbeiter einer Kürzung des tariflich vereinbarten Stundenlohns um 10 Pf. nicht fügen wollten.

Briefkasten.

M. S. in Jena: Gebuld, Gebuld, wenn's Herz auch bricht. Aus schon mehrfach bekannten Gründen erst in Nr. 25 möglich. — E. S. S.: Ihre beiden Wünsche, Ihnen anzugeben, wie und wodurch man am besten eine Stellung in der französischen Schweiz erhält, sowie die deutschen Druckereien in London und die dort erscheinenden deutschen Zeitungen zu bezeichnen, sind von solch rührender Beschaffenheit, daß wir darauf auch keine Antwort erteilen würden, wenn wir dazu in der Lage wären, was im vollen Umfang aber gar nicht möglich sein kann. Das ist doch großer Unfug, der mit dem „Briefkasten“ getrieben wird! — 100 S.: 1. Dies ist unmöglich, da wir die Sachen meistens sehr gut für unsere Redaktionsbibliothek gebrauchen können, also für den praktischen Tagesgebrauch verwenden. 2. Louissaint-Vangenschmidt (Adresse in Nr. 20 an dieser Stelle) führt auch diese Sprache. — E. Schl. in Leipzig: Kommen Sie am 23. Februar, abends 7 Uhr, einmal auf die Redaktion. Wozu erst in diesem Fall umständliche Schreibereien. — L. Sch. in Berlin, U. S. in Bernau: Ihre Mitteilungen trafen für die Sonabendnummer zu spät ein. — Th. J. in Leer: 2 M. — G. B. in Nürnberg: Abgelehnt.

nenden deutschen Zeitungen zu bezeichnen, sind von solch rührender Beschaffenheit, daß wir darauf auch keine Antwort erteilen würden, wenn wir dazu in der Lage wären, was im vollen Umfang aber gar nicht möglich sein kann. Das ist doch großer Unfug, der mit dem „Briefkasten“ getrieben wird! — 100 S.: 1. Dies ist unmöglich, da wir die Sachen meistens sehr gut für unsere Redaktionsbibliothek gebrauchen können, also für den praktischen Tagesgebrauch verwenden. 2. Louissaint-Vangenschmidt (Adresse in Nr. 20 an dieser Stelle) führt auch diese Sprache. — E. Schl. in Leipzig: Kommen Sie am 23. Februar, abends 7 Uhr, einmal auf die Redaktion. Wozu erst in diesem Fall umständliche Schreibereien. — L. Sch. in Berlin, U. S. in Bernau: Ihre Mitteilungen trafen für die Sonabendnummer zu spät ein. — Th. J. in Leer: 2 M. — G. B. in Nürnberg: Abgelehnt.

In der in Nr. 15 von den Kollegen der Ab. Hausmann'schen Buchdruckerei in Berlin aufgegebenen Todesanzeige wolle man Behle anstatt Behle lesen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechanlage VI, 11191.

Essen. Der Geiger Paul Schmidt aus Dresden, gegenwärtig in Mühlheim (Ruhr) in Kondition, wird aufgefordert, den erhaltenen Vorstoß von 4 M. umgehend einzulösen.

Freiburg i. Br. Der Drucker Wilhelm Langensbucher aus Göppingen, zurzeit in Stuttgart, wird ersucht, seinen Verpflichtungen dem hiesigen Maschinenmeisterklub gegenüber nachzukommen und seine Adresse an den Kollegen Paul Knoblich, Hugstetter Straße 12, gelangen zu lassen. Die Herren Funktionäre werden ersucht, denselben hierauf aufmerksam zu machen.

Abresenveränderungen.

Kirchheim u. Teck (Württ.). Vorfigender und Vertrauensmann: Albert Gneiting, Ötlinger Straße 10.

Minden i. Westf. Vorfigender: Chr. Gieseking, Süntelstraße 6; Kassierer: Ludwig Schulz, Weingartenstraße 44.

Stad. Vorfigender: Gustav Probst, Stockhausstraße 2 I; Kassierer: Aug. Hinge, Schiefe Straße 20 I.
Schwerin i. M. (Maschinenmeisterverein.) Vorfigender: Wils. Schliekmann, Bleicherstr. 12 I; Kassierer: Friedr. Ahlers, Waifenstraße 33 II.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Blankenese der Drucker Christobal Bohorques, geb. in Rabiz (Spanien) 1888, ausgl. in Hamburg 1907; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüiter in Kiel, Schauenburger Straße 34 p.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Als erledigt ist im Kontrollbuche zu vermerken die Angelegenheit: 1. Franz Ueberich aus Königsberg i. Pr. („Korr.“ Nr. 18); 2. Emil Arnold aus Ronsdorf („Korr.“ Nr. 18); 3. Paul Schmitz aus VERNBURG („Korr.“ Nr. 19); 4. Fritz Winler aus Schierau („Korr.“ Nr. 18).

Kempten (Bayern). Den reisenden Kollegen diene zur Nachricht, daß ab 1. März die Reiseunterstützung im neuen Verfahrshause zum „Bürgeraal“ (nächst dem Bahnhoff) abends von 6—7 Uhr ausbezahlt wird. Die Herren Verbandsfunktionäre der umliegenden Zahlstellen werden ersucht, die reisenden Kollegen hierauf aufmerksam zu machen.

Köln. Die Herren Verwalter werden ersucht, dem auf der Reise befindlichen Geiger Oswald Sauer aus Giehmansdorf (3008) drei Tage Arbeitslosenunterstützung (31. Januar bis 2. Februar 1909) einzutragen und der Gesamtzahl der Reisetage zuzugählen.

Versammlungskalender.

Düsseldorf. Sitzung der Statutberathungskommission Donnerstags, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale.
Gießen. Versammlung Samstag, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Kiel. Versammlung heute Dienstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Fährstraße).

Rothen. Bezirksversammlung Sonntag, den 21. März, im Reuwich. Abends bis 13. März an den Vorsitzenden M. Witte, Rothen, Altenhof 10.

Straßburg. Frühjahrsbezirksversammlung Sonntag, den 28. Februar, im Gasthaus zum Hirschen in Schopshelm.

Ludwigshafen a. Rh. Bezirksgeneralversammlung Sonntag, den 7. März, nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokale „Terminus“, Kaiser-Wilhelm-Straße 44, in Ludwigshafen. Abends bis spätestens acht Tage vorher an den Vorsitzenden G. Hoff, Seyditzstraße 11.

München. Maschinenmeistervereinversammlung Montag, den 1. März, abends 8 Uhr, im Verbandslokal des Männer-Turnvereins 1879, Haberstraße 11.

Quedlinburg. Versammlung heute Sonabend, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Stadtpart“, Weberstraße.

Wegen Krankheit des Besitzers ist in großer Industriezeit des Orients (65 000 Einw.) eine seit 37 Jahren bestehende Buchdruckerei mit täglicher Zeitung (36 Jahrg.) aus freier Hand zu verkaufen. Das Geschäft ist sehr entwicklungsfähig und bietet jungen **Arbeitsmann** ein erfolgreiches Arbeitsfeld. Viele größere behördliche Arbeiten, amtliche Bekanntmachungen gegen Baufische. Eventuell ein großes, gut verzinsliches Grundstück mit erworben werden, jedoch ist dies nicht Bedingung. Wichtige Offerten unter Anlegung der Verhältnisse unter P. 716 an **Hausenstein & Vogler, A.-G., Berlin**, erbeten. [315]

Für eine schleswig-holsteinische Tageszeitung wird für später ein **befähigter Berichterstatter** (Lokalredakteur), der flott stenographieren kann, in dauernde, angenehme Stellung bei gutem Gehalt gesucht. Angebote mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften unter A. J. 997 befördern **Hausenstein & Vogler, A.-G., Hamburg**. [314]

Komplettmaschinengießer für Bauernmaschine in dauernde und lohnende Position gesucht. Werte Off. mit Zeugnisabschriften erbeten an die **Bauereische Gießerei, Frankfurt a. M.** [322]

Galvanoplastiker in allen vorkommenden Arbeiten, namentlich aber im Prägen und Abbecken vollständig perfekt und zuverlässig. Der schon längere Zeit als Gehilfe gearbeitet hat und Erfahrung besitzt, findet bei hohen Löhne dauernde Stellung. Einbringung von Zeugnisabschriften mit Angabe wo zuletzt tätig, an **Schriftgießerei Genssch & Neuse, Hamburg 22** [321]

Stichtige Messinglinienhobler sowie stichtige Messinglinienschneider und -bestreuer für dauernde Stellung bei gutem Löhne gesucht. **Schriftgießerei P. Stempel, A.-G., Frankfurt a. M.** [325]

Typographiker mit dem Mechanismus vollständig vertraut, sucht lohnende, tarifliche Stellung. Werte Offerten an **W. Kischkat, Kompten, hohe Gasse 411**, erbeten. [318]

Illustrationsdrucker selbstständig u. zuverlässig, 28 Jahre alt, im **Erdegroßer Formate**, im **Farbendrucke** sowie in allen Druckarten bew. sucht sich in **Ständestand** zu verändern. Bestmögliche Druckproben u. gute Zeugn. z. Verfügung. **W. Dff. u. S. 303 an d. Geschäftsst. d. W. erb.**

Ein tüchtiger Stereotypenr

der vollständig selbstständig, gewissenhaft und pünktlich arbeitet und der eine neue Buchdruckerstereotypie praktisch und leistungsfähig einrichten und derselben vorsetzen kann, wird baldigst in dauernde und angenehme Stellung gesucht. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen unter Nr. 323 an die Geschäftsstelle d. W. erbeten.

Dresden. Maschinenmeister, in der modernen Drucktechnik erfahren, sucht passenden Posten, event. als Leichter. **W. Dff. u. R. O. 30 Dresden, U., Schandauer Str. 23 IV I.**

Typographia Berlin.

Sonnabend, den 27. Februar, im großen Saale der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße 95:

Wiener Maskenball.

Während der Kaffeepause heitere Vorträge.

Anfang 9 Uhr. Eintritt für Gäste 50 Pf.

EINTRITTSKARTEN sind durch die aktiven Mitglieder zu beziehen.

Hierzu ladet freundlichst ein [263] Der Vorstand.

Zum Ausnahmepreise von 4,50 Mark können Sie sich einen prächtigen Zimmerschmuck anschaffen! Die noch vorhandenen Bestände der früheren Rahmungen vom Gutenbergsporträt und Buchdruckerwappen will ich pro Stück zu obengenanntem Preis abgeben. Nur tadellose Rahmen kommen zum Versand! [313]

Julius Mäser, Verlagshandlung, Leipzig-R.

H. MATHAEUS
STUTTGART
Gabelbergstraße 7
Katalog gratis u. fr.

Für die mir aus Anlaß meines 25jährigen **Verbandsjubiläum**s so reichlich gewöhnerten Glückwünsche, Geschenke und Telegramme sage dem Verbandsvorstande, den Mitgliedern des Bauvorstandes, dem Gesangsverein Typographia sowie allen beteiligten Kollegen und Freunden meinen herzlichsten Dank! [320]

Ernst Müller.

Für die uns anlässlich unserer 25jährigen **Verbandszugehörigkeit** zu teil gewordenen ehrenvollen Aufmerksamkeit danken wir hierdurch allen unsern **herzinnigen Dank!** [319]

Wachen, am 18. Februar 1909.
P. Rols, G. Rimmer, E. Trecks, P. Mähke, G. Schreiber, Br. Voigt.

Die Herren **Gg. Schill u. G. Göde** (Berlin), **Rupper** (Ungarn), **Dillen** (Dänemark), **Fr. L. Paris**, bitten höflich, **Hr. H. Hoff**, Göttingen, **Reustadt 23**.

Am 18. Februar verschied nach schwerer Krankheit im Alter von 38 Jahren unser langjähriger, treuer Mitarbeiter und Vertrauensmann, der **Maschinenmeister**

Hugo Mühe

aus Regensburg.

Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren [324]

Der Ortsvorstin **Kirchhelm** unter Tock.

Am 16. Februar verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege

Karl Bonarius

aus Gießen im Alter von 25 Jahren.
Möge ihm die Erde leicht sein!

[316] Der Bezirksverein Gießen.

Am 18. Februar verstarb nach kurzem, aber schwerem Leiden an Gehirnhauteinzündung unser lieber Kollege, der Setzer

Friedrich August Kämmerer

aus Born a. (Sachsen) im 30. Lebensjahre. Sein offener und ehrlicher Charakter sichert ihm ein ehrendes Andenken. [327]

Die Verbandmitglieder der Spammerschen Buchdruckerei in Leipzig.

Am 17. Februar verschied im Emden unser wertiges Mitglied, der Setzer

Christian van der Velde

in seinem 21. Lebensjahre. Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren! [328]

Bezirk Ostfriesland.

Richard Härtel, Leipzig-R.
(Inhaberin: Klara verw. Härtel)
Kohlgrabenstrasse 45
Liefert franco

Werke und Musikalien aller Art zu Ladenpreisen. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

Geschichte der Schmalspurne und ihre Entwicklung bis auf die heutige Zeit. Von Karl Hermann. Mit vielen Illustr. 1.80 Mk. (Die Systeme sämtlicher existierender Schmalspurne und deren Technik).

Typographisches Vokabel. Kurze Sinnweise und Zusammenfassung für die Buchdruckereiarbeit. Nach Aufzeichnungen und Erfahrungen bearbeitet von G. Schwarz. Dritte durchgesehene Auflage. 1 Mk.

Die Kräfte. Die Technik der bunten Kolorierung, gebunden 6 Mk.

Adressen für Aufendungen an den „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“:

für Artikel und allgemeine redaktionelle Angelegenheiten: **Ludwig Reiffhäuser**;

„Korrespondenzen, Ausland und Gewerkschaftliches“: **Willy Krauß**;

„Rundschau“: **Charles Schäffer**;

„Verbandsnachrichten, Inserate, Offerten, Postanweisungen“: **Georg Bödtker**;

sämtlich in Leipzig, Salomonstraße 8.